

Saale-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Er erscheint wochentlich am Donnerstag als Halbblatt. Die Bezugs-Erhöher beträgt in Ost- und Land Preisen für die Zeit bei freier Zustellung monatlich 20.00 in den Postbezirken abwärts 18.00 monatlich. Die abonnementspreisliste liegt bei jeder Bestellung bei. Die Besondere Ausgabe vom 22. Juni 1922, 10.00, im ausserordentlichen Verkehr 12.00. Refraktionen der 3 Millimeter-Zelle III, 6.00 im Oktoberverkehr und III, 8.00 im ausserordentlichen Verkehr. Anzeigen-Schluss: 10 Uhr mittags.

Verlags-Verkehr: Halle a. S., Neue Dammstraße 14 und Große Dammstraße 17. Fernsprecheinrichtungen: Gesamt-Anzahl: 1140 und 1142. Stadt-Verkehr: Markt 24. Druck-Verkehr: 'Sozialistische Halle', Markt-Verkehr: Markt-Verkehr: Leipzig 22815. Fernsprecheinrichtung und Geschäfts-Verkehr: Halle a. S., Postfach 178. Fernsprecheinrichtung: Leipzig 22815. Fernsprecheinrichtung und Geschäfts-Verkehr: Halle a. S., Postfach 178. Fernsprecheinrichtung: Leipzig 22815.

Oberschlesiens Leiden.

Undauernde Bergewaltung der deutschen Bevölkerung / Vom Kampf um die Anleihe Der Anschlag auf Scheidemann in amtlicher Darstellung / Serbische Drohnote nach Sofia.

Oberschlesisches Flüchtlingselend.

Hindenburg, 6. Juni. Die Unruhen in Oberschlesien haben, wie gestern während des Rufsches, ein großes Flüchtlingselend heraufbeschworen. Viele Wagen und Autos, beladen mit teilweise demolierten Kofferstücken, durchfahren die Straßen der Stadt. Eine Menge Hausrat, der noch nicht abgeholt werden konnte, lagert in den Wäldern. Hotels und Gastwirtschaften sind überfüllt. Alle verfügbaren Räume in den Grundbesitzern und anderen Betrieben sind für die Heimatlosen beschlagnahmt und zu Massenquartieren eingerichtet. Gegen die gewalttätigen Räumungsversuche veröffentlicht der Kreisinspektor folgende Schreiben: „Dunkle Elemente benützen die gegenwärtige Verwirrung und fordern die Bewohner der Gegenpartei auf, ihre Wohnung und den Ort zu verlassen. Verschiedene der zugegangenen Aufstellungen sind von der 'Räumungskommission' untersucht. Die Bewohner, welche solche Aufstellungen erhalten, sollen keinen Wert darauf legen. Sie sollen sich in denjenigen Ortschaften, wo es Truppen gibt, an den Kreisinspektor wenden.“

Auch aus der Mitte der Arbeiter heraus greift man jetzt zur Nothilfe gegen die Unruhestifter. So erklären die Betriebsräte der Salza-Gölte und der Deutschland-Grube in einem Aufruf an alle ober-schlesischen Betriebsräte, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln jeden weiteren Terror unterbinden würden.

In Königshütte haben eine Anzahl Deutschgestimmter Drohbriefe mit der Aufforderung zum sofortigen Verlassen der Stadt erhalten. Im Kreise Südberg und besonders in Zwarditz kam es heute zu Unruhen. Deutschgestimmte wurden bedrängt und mißhandelt.

Ausdehnung des Belagerungszustandes.

Oppeln, 6. Juni. Die Interalliierte Kommission verhängte mit sofortiger Wirkung über die Gemeinden Schwentochlowitz, Wismarhütte, Sobulachütte und Lipine den Belagerungszustand. — Die für heute anberaumte Sitzung der Interalliierten Kommission mit Vertretern der deutschen und der polnischen Regierung, in der der Text der Uebereinstimmungen endgültig festgelegt werden sollte, ist auf morgen vertagt worden.

Der ober-schlesische Woywodschafsrat.

Der neue polnische Woywode für das polnisch wendende Oberschlesien, Rymer — vor kurzem hieß es, Herr Korjantin, ausgeschieden Herr Korjantin sollte Woywode werden — hat jetzt den Woywodschafsrat ernannt. Zwar bedürfen die Ernennungen noch der Bestätigung durch die Warschauer Regierung, allein es mügte wunderbar zuziehen, wenn sie etwa ausbleiben sollte. Was Herr Rymer von den Woywodschafsräten hält, hat er dadurch bemiesen, daß von den ernannten 19 Personen 15 Polen und nur 4 Deutsche sind! Das ist die fragliche Entzweiung der deutschen Mehrheit in polnisch-Oberschlesien. Dazu ist die Ernennung der deutschen Vertreter auch ohne jede vorherige Abklärungnahme mit den deutschen Organisationen erfolgt, so daß sich unter ihnen auch zwei ganz unbekannte Herren befinden, die politisch niemals hervorgetreten sind.

Bei einer solchen gänzlich unzulänglichen Vertretung des deutschen Bevölkerungssteiles in polnisch-Oberschlesien kann natürlich der Woywodschafsrat keinesfalls als Vertretung des ober-schlesischen Volkes angesehen werden.

Die Ausichten der Anleihe.

Theaterdonner aus Paris.

Die vorzeitige Informierung des französischen Vertreters in der Finanzkonferenz durch Poincaré, Frankreich könne in eine Herabsetzung der französischen Reparationsverpflichtungen unter keinen Umständen einwilligen, hat natürlich auf die Beratungen der Finanzkonferenz ziemlich ernüchternd gewirkt. Selbst französische Blätter haben Herrn Poincaré ihm Mitgetragenen über diese Informationen eindeutig zu verstehen gegeben und ihm gesagt, es hätte damit Zeit gehabt, bis etwa die Finanzkonferenz selbst an Frankreich mit einer solchen Aufforderung herantreten wäre. Herr Poincaré aber, der Wegang des nationalen Stoffs, kann nicht aus seiner Haut heraus. Das zeigt auch seine Rede in Verdun, in der er die Notwendigkeit des französischen Militarismus zu rechtfertigen veruchte. Trotzdem wird man noch nicht alle Hoffnung aufzugeben brauchen, daß Frankreich tatsächlich lieber auf eine Anleihe als auf seine Forderungen verzichtet. Wenn ein Teil der französischen Presse jetzt das Gerücht verbreitet, Morgan habe in London erklärt, er halte keine Rücksicht nach Paris für unnötig, was also gleichbedeutend mit einem Scheitern der Anleiheberatungen wäre, so wird man gut daran tun, diese Anleihe

mit der größten Vorsicht aufzunehmen. Möglicherweise ist sie nichts anderes als französische Theaterdonner zur Unterstützung der französischen Garnädigkeit. Es ist aber die Frage, ob nicht die finanzielle Erschöpfung Frankreichs selbst Herrn Poincaré in absehbarer Zeit zwingen wird, das Votumgericht der idealen Reparationsansprüche Frankreichs an Deutschland um den erheblich jetzteren Bissen einer Anleihe, die Geld in den leeren Staatskassen Frankreichs bringt, preis zu geben. Sprechen doch selbst schon französische Blätter von der Gefahr einer französischen Finanzkrise. Solange freilich der gegenseitige Schuldenschuld unter den Alliierten keine Miene macht, Gefahr anzunehmen, solange Amerika hier nicht endlich das erlösende Wort spricht, wird es sich immer nur um eine feine Anleihe handeln können, und die große Anleihe, die doch kommen muß, wenn die Deutschen und der Entente helfen soll, schwebt in den Wolken.

Vor der entscheidenden Sitzung.

Paris, 6. Juni. Die Reparationskommission entschied sich heute vormittag zu einer offiziellen Sitzung zusammenzutreten, welche zwei Stunden dauerte. Bei dieser Gelegenheit wurde die von dem internationalen Anleihekomitee gestellte Frage eingehend erörtert, ob das Londoner Ultimatum von Deutschland unbedingt erfüllt werden müsse oder ob eine Herabsetzung der Reparationsforderungen zu denken sei. Es ist bisher nicht bekannt, in welchem Sinne sich die Delegierten in der Reparationskommission zu dieser Frage äußerten. Morgen vormittag wird eine offizielle Sitzung stattfinden, worauf beschließen werden wird, in welchem Sinne die Frage des Anleihekomitees beantwortet werden soll. Dieses wird jedoch morgen nachmittag zusammenzutreten, um die Antwort der Reparationskommission entgegenzunehmen.

Die Sitzung der Reparationskommission und des Anleihekomitees wird also von entscheidender Bedeutung sein. Wenn die Reparationskommission beschließen sollte, daß die Anfrage des Anleihekomitees negativ zu beantworten sei, dann kann die Tätigkeit des Anleihekomitees als abgeschlossen betrachtet werden, weil die Mehrheit seiner Mitglieder die Forderung einer internationalen Reparationsanleihe so lange für unmöglich hält, als nicht eine Verminderung der Reparationsforderungen bewilligt ist. Von französischer Seite wird übereinstimmend erklärt, daß das Anleihekomitee mit dieser Anfrage seine Befugnisse überschritten habe.

Poincaré kein.

Paris, 7. Juni. Die „Chicago Tribune“ berichtet, Poincaré habe der Reparationskommission durch Vermittlung von Dubois nachdrücklich erklärt, daß Frankreich in keine Herabsetzung der Reparationsansprüche einwilligen werde.

Morgan will Lord d'Abernon beitragen.

Berlin, 7. Juni. Wie wir erfahren, hat die englische Regierung ihren bisherigen Vorkämpfer Lord d'Abernon nach London berufen, daß Morgan großen Wert darauf legt, die Ansicht d'Abermons über die Lage Deutschlands zu hören, ehe er seine endgültige Entscheidung in der Anleihefrage trifft.

Stinnes zur Frage der Anleihe.

In einer fast bejauhten Versammlung von Wirtschaftsführern in Essen, die der Zweiterhand nordwestdeutscher Wirtschaftsvertrungen und die Vereinigung der Handelskammern des nieder-rheinisch-westfälischen Industriebezirks einberufen hatten, erklärte Hugo Stinnes am Schluß einer Rede, in der er die Frage einer internationalen Anleihe an Deutschland eingehend behandelte: Wir könnten aus den Anleihebehandlungen unendlich viel Gutes bekommen, wenn die Geldgeber dafür sorgten, daß die Dinge in Europa so gestaltet würden, daß wirklich gute Unterlagen durch die Anleihe für die europäische Wirtschaft geschaffen werden. Wir könnten aber durch eine kleine provisorische Anleihe in noch viel größerem Glend gebracht werden, als wir es jetzt schon haben. Ich muß betonen, wie ich es an anderer Stelle schon getan habe, daß ich die Gefahr, daß noch mehr deutsches Land besetzt wird, für gering halte; denn den Franzosen würde gezeigt werden, daß sie damit nichts erreichen, als daß sie die erhöhten Ankosten noch weniger bekommen. Man darf nur endgültige Beschlüsse treffen, und wir müssen zeigen, daß die Waackerei mit unerträglichen Mitteln endlich einmal aufhören muß.

Der Weinteller des Zaren.

Die Sowjetregierung wird demnächst beginnen, die Bestände der früheren kaiserlichen Weinteller auszuführen. Angebote seltener Jahrgänge werden zuerst in England erfolgen. Der zu erzielende Erlös soll für Ankaufe in Deutschland ausgeben werden.

Politische Wochenschau.

Von C. Delius, R. d. R.

Die letzte Woche war hochpolitisch. Im Reichstag kennzeichnete sich das schon äußerlich durch den starken Besuch der Zuschauertribünen. Wer aber auf besondere Sensation gerechnet hatte, war etwas enttäuscht. Ruhig und in allgemeiner sachlich berleser Beratung. Die Delegationen hatten bei der Behandlung der Generalen Konferenz und des Reparationsproblems auf die Berücksichtigung ihres Heftigkeit verzichtet, der ja immer dem klaren Bescheid steht, in erster Linie Zustimmung zu kommen. Aber nicht aus der Erwägung heraus, solche Szenen zu vermeiden, ließ man Heftigkeit nicht zehen, sondern weil gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen diesem und der deutschen Nationalen Fraktion bestanden. Vielleicht hatte man Grund, Heftigkeit wegen der fälschlichen Skandalanfänge im Auswärtigen Ausschuss zurückzuziehen. Auch die Unabhängigen taten scheinbar dasselbe, indem sie ihrem Wortführer in auswärtigen Angelegenheiten, dem Abg. Breitfeld, nicht die Fraktionsvertretung übertrugen. Wahrscheinlich wäre es ohne Anpassungen nicht abgegangen, wenn die Freit- und sozialdemokratischen Antipoden das Wort ergriffen hätten.

Die Rede Breitfelds in ihrer ruhigen und sachlichen Darstellung machte einen guten Eindruck. Was über den Beschluß des deutsch-polnischen Vertrages von ihm gesagt wurde, wirkte überzeugend. In seiner Stellungnahme nimmt darin überein. Der Vertrag ist vielleicht erst in wirtschaftlicher Beziehung ein Schritt auf die Zukunft, in politischer Hinsicht eine Kündigerklärung sowohl für Deutschland als für Rußland. Daneben bleibt er für uns — und das ist das Wichtigste — der erste Akt zu einer unabhängigen, selbstbestimmten Außenpolitik. Gegenüber dieser einen Tatsache haben alle anderen Bedenken zurückzutreten. Deshalb konnte auch die Kritik nicht recht einsehen. Man mußte anerkennen, daß die Regierung richtig gehandelt hat. Anders würden die Pariser Verhandlungen betrachtet. War auch der Gegenstand Breitfeld-Hermes äußerlich beigelegt, so blieb doch das Zugeständnis Hermès in Paris bestehen. Es war bekannt, daß Hermès, wie eben jetzt seintritt Dr. Stinnes in London, über die Beschlüsse des Kabinetts bei den Pariser Verhandlungen hinausgegangen war. Wenn der Kaiserliche Vorkämpfer ankämpfen verühte, war das berechtigt. Er mußte es absehen von allem anderen schon deshalb, weil er mit seiner bisherigen Haltung sich nicht in einen so großen Widerspruch setzte. Die Note der Regierung, die auf Grund der Verhandlungen Hermès zustande gekommen ist, steht, das läßt sich nicht bestreiten, tatsächlich in einem gewissen Widerspruch. Es wird nicht unbedingt in die deutsche Souveränität eingegriffen. Allerdings besteht ein solcher Eingriff schon seit dem Bestehen der Reparationskommission. Ebenso ist für einen bestimmten Fall das weitere Ansehen der Steuerherrschaft nachgegeben worden, was Breitfeld als eine Unmöglichkeit abgelehnt hatte. Daß Hermès sich in eine Diskussion über diese beiden Fragen eingelassen hat, ohne in Uebereinstimmung mit der Regierung zu handeln, bleibt eine betriebe unübersehbare Tatsache, die sicherlich noch weitere Folgen haben wird. Vielleicht war es nicht falsch, daß schließlich im Augenblicke Dr. Breitfeld nicht von Hermès trennte. Es wäre sonst eine Sitzung der Pariser Verhandlungen sicherlich eingetreten. Man mühte abzuwarten haben, welche Gestalt schließlich das Pariser Abkommen erhält. Davon hängt auch das weitere Verhalten Hermès ab. Minister Hermès war die Hoffnung der Delegationen und Vorkämpfer, die ihn gern an Breitfelds Stelle gesehen hätten. Jetzt bereitet er ihnen diese große Enttäuschung. Das Verhalten der Parteien bei der großen Aussprache wirkte teilweise höchst sonderbar. Zunächst war es von den Regierungsparteien richtig gehandelt, nur die Genoa-Konferenz zum Gegenstand der Besprechung zu machen und die Pariser Verhandlungen nicht in den Kreis der Erörterungen zu ziehen, sie nur nebenbei zu behandeln. Diese Taktik wäre auch für die Zukunft zu empfehlen, wenn man die unbedingte Scherecht für die einmütige Auffassung des Kabinetts hat. Solche Seitenstöße, wie bei Hermès, müssen ausgeschlossen sein. Das Kapitalabkommen konnte mit gutem Gewissen von den Regierungsparteien und den Volksvertretern in Erwägung gezogen werden, die Pariser Verhandlungen mußten hier ebenfalls die Beschlüsse der Regierung anerkennen. Um so unerklärlicher war die Einbringung eines Mißtrauensantrages, dem auch die Partei der inneren Widerspruch, die Volkspartei, zustimmte. Man merkte bei der Volkspartei die mangelhafte Führung. Abg. Weder (Hessen), ein tüchtiger Finanz- und Steuerfachmann, aber kein politischer Krieger, hat diesmal wieder wie schon so oft, eine Politik getrieben, die auch in den Kreisen der eigenen Partei bedenkliches Kopfstütteln erregt, und die Herren Henpe, Starboff und Frau von Cheim, die Fühlung zu den Demokraten halten, veranlaßt, der Abstimmung fernzubleiben. Mit solcher Taktik manövriert man sich immer mehr in das Lager der fälschlichen Regierung und treibt eine Katastrophenpolitik schäblicher Art. Die Fühlung mit der Regierungsparteien geht verloren und von der großen Koalition kann schon gar nicht mehr die Rede sein. Wie lange sich die Wähler der Volkspartei diese Haltung ihrer Partei, die doch eine Partei des Vertrauensbaus sein wollte, gefallen lassen, wird sich zeigen.

Der demokratische Redner Bernhard Hellme mit Recht ist, daß die Richtung der Vertrauensantrages durch die

127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200

